

Inhaltsverzeichnis

Entwurf eines Kartellschadensersatzgesetzes («KartSchadG-E«)	13
A. Einleitung	13
B. Text des Entwurfs	15
I. Gegenstand, Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen	15
1. Zweck, Begriffsbestimmungen	15
2. Anspruch auf Schadensersatz	19
II. Abwälzung des Preisaufschlags, Ermittlung des Schadensumfangs	19
1. Einwand der Schadensabwälzung	19
2. Mittelbare Abnehmer	20
3. Schadensvermutung, Schätzbefugnis	20
4. Entsprechende Geltung	21
III. Wirkung nationaler Entscheidungen	21
IV. Verjährung	22
V. Gesamtschuldnerische Haftung	23
1. Grundsatz: Gesamtschuldnerische Haftung und Innenausgleichsanspruch	23
2. Privilegierung von KMU	24
3. Privilegierung von Kronzeugen	24
VI. Einvernehmliche Streitbeilegung	26
VII. Weitere Änderungen	27
1. Veröffentlichung von Verfügungen und Entscheidungen	27
2. Schadenspauschalierung	27
VIII. Offenlegung von Beweismitteln, Beweisverwertungsverbote im Schadensersatzprozess	28
1. Offenlegungsanspruch zur Begründung eines Schadensersatzanspruchs	28
2. Offenlegungsanspruch zur Verteidigung gegen einen Schadensersatzanspruch	29
3. Von der Offenlegungspflicht ausgenommene Beweismittel	30
4. Akteneinsicht	31
5. Verwertungsbeschränkungen	33

IX.	Verfahrensrecht	34
1.	Gerichtsstand des Sachzusammenhangs	34
2.	Prozessstandschaftsklage konkurrierender Gläubiger	35
3.	Ermächtigung zur Prozessführung, Inkassozeession	36
4.	Streitwert der Nebenintervention	37
X.	Zeitliche Geltung	38
C.	Begründung des Entwurfs	39
I.	Gegenstand, Anwendungsbereich, Begriffsbestimmungen	39
1.	Zweck, Begriffsbestimmungen	39
2.	Anspruch auf Schadensersatz	40
a)	Verschuldensprinzip	41
b)	Haftungsadressat	41
c)	Umfang des Schadensersatzanspruchs	44
d)	Aktivlegitimation	45
e)	Tathandlung	46
3.	Anwendungsbereich	48
II.	Abwälzung des Preisaufschlags, Ermittlung des Schadensumfangs	49
1.	Einwand der Schadensabwälzung	49
2.	Mittelbare Abnehmer	53
3.	Schadensvermutung, Schätzbefugnis	56
a)	Schadensvermutung	56
b)	Schätzbefugnis gem. § 287 ZPO	57
(1)	Allgemein	57
(2)	Berücksichtigung des anteiligen Gewinns	57
(3)	Schätzung eines Mindestschadens	58
c)	Schätzbefugnis gem. § 287 ZPO für Schadensabwälzung	62
4.	Unterstützung bei der Schadensermittlung durch die Kartellbehörde	63
5.	Entsprechende Geltung	63
III.	Wirkung nationaler Entscheidungen	64
IV.	Verjährung	65
1.	Verjährungsfrist	65
2.	Verjährungsbeginn	66
a)	Ultimoverjährung	66
b)	Erforderliche Kenntnis für den Beginn der Verjährung	66
(1)	Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände	67
(2)	Vorliegen einer Wettbewerbsverletzung	68
(3)	Kenntnis der Identität des Rechtsverletzers	70

c)	Verjährungsbeginn erst bei grobfahrlässiger Unkenntnis	70
d)	Beendigung der Zuwiderhandlung	71
3.	Kenntnisunabhängige Verjährungshöchstfristen	71
4.	Anspruchsentstehung erst nach Beendigung der Zuwiderhandlung	73
5.	Verjährungshemmung	74
a)	Hemmung durch Maßnahmen von Behörden	74
b)	Hemmung durch Antrag auf Akteneinsicht	74
6.	Weitere Erwägungen	75
V.	Gesamtschuldnerische Haftung	76
1.	Grundsatz: Gesamtschuldnerische Haftung und Innenausgleichsanspruch	76
2.	Privilegierung von KMU	78
3.	Privilegierung von Kronzeugen	81
a)	Definition des Begriffs »Kronzeuge«	81
b)	Haftungsausschluss statt Anspruchsausschluss	81
c)	Innenausgleich	83
d)	Verjährung	84
e)	Innenausgleich bei Erwerb von Kartellaußenseitern	84
f)	Optionsregel: Tausch Privilegierung im Außenverhältnis gegen Privilegierung im Innenverhältnis	85
g)	Anhörung der Geschädigten und anderen Rechtsverletzer	87
VI.	Einvernehmliche Streitbeilegung	88
1.	Beschränkte Gesamtwirkung des Vergleichs (Art. 19 Abs. 1, 2)	88
2.	Dispositive Ausfallhaftung des sich vergleichenden Rechtsverletzers (Art. 19 Abs. 3)	92
3.	Gesamtschuldübergreifende Festlegung des Ausgleichsbetrags (Art. 19 Abs. 4)	92
4.	Hemmung der Verjährung (Art. 18 Abs. 1)	95
5.	Aussetzungsbefugnis für Gerichte (Art. 18 Abs. 2)	96
6.	Zahlung einer Geldbuße infolge eines Vergleichs als mildernder Umstand	98
VII.	Weitere Änderungen	98
1.	Veröffentlichung von Verfügungen und Entscheidungen	98
2.	Schadenspauschalierung	99

VIII. Offenlegung von Beweismitteln, Beweisverwertungsverbote im Schadensersatzprozess	101
1. Zur Möglichkeit der Umsetzung prozessrechtlicher Regelungen der Richtlinie durch materiell-rechtliche Regelungen des innerstaatlichen Rechts	101
2. Systematische Verortung, Wahrung zivilprozessualer Grundsätze, Umsetzungsbedarf	101
3. Umsetzung der Enforcement-Richtlinie als Modell	104
4. Offenlegungsanspruch des Geschädigten, Bestimmung des Anspruchsgegners	112
5. Voraussetzungen des Offenlegungsanspruchs des Geschädigten	113
6. Voraussetzungen des Offenlegungsanspruchs des Anspruchsgegners	118
7. Gegenstand des Offenlegungsanspruchs, genaue Bezeichnung der Beweismittel	120
8. Anhörungserfordernis, Vorläufiger Rechtsschutz	122
9. Beweismittel, die in den Akten einer Wettbewerbsbehörde enthalten sind	124
10. Geheimnisschutz, Wahrung der Verschwiegenheitspflicht der Angehörigen von Rechtsberufen	126
11. Einsicht in / Beiziehung der Akten der Wettbewerbsbehörde	131
12. Sanktionen bei Verstößen gegen Offenlegungspflichten und Vernichtung von Beweismitteln	143
13. Sanktionen bei Missachtung von Beweisverwertungsverbote	144
14. Sanktionen bei Missachtung von Geheimnisschutzmaßnahmen	144
IX. Verfahrensrecht	145
1. Umsetzungsbedarf im Hinblick auf Art. 3 Abs. 1, Abs. 3, 12 Abs. 1, Abs. 2 und Art. 15 der Richtlinie	145
2. Informationsgewinnung	157
3. Maßnahmen zur Förderung der Zuständigkeitskonzentration	157
a) Zuständigkeit nach GWB	159
b) Internationale und örtliche Zuständigkeit, Verweisung	159
c) Abgrenzung zum rechtlichen Interesse des Nebenintervenienten und zum Beitrittsgrund der drohenden Interventionswirkung	166
4. »Prozessstandschaftsklage« konkurrierender Gläubiger	168

5.	Beschränkte Streithilfe, Gläubigerstreit	172
a)	Lösungskonzept	173
b)	Verfahrensrechtliche Umsetzung der Kombination aus Beitritt und Eintritt	176
c)	Streitwert und Kostenverteilung bei Eintritt des Dritten in den Rechtsstreit	180
d)	Vergleich des vorgeschlagenen Modells zu sonstigen Handlungsoptionen des Streitverkündungsempfängers	182
6.	Weiterer Reformbedarf, prozessuale Unsicherheiten, die bereinigt werden sollten	182
a)	»Kollektiver Rechtsschutz« de lege ferenda	183
b)	»Kollektiver Rechtsschutz« de lege lata, Anwendungsprobleme bei Prozessführungs-ermächtigung und Inkassozeession	185
c)	Kostenrisiko bei Kartellschadensersatzklagen	199
X.	Zeitliche Geltung	205
1.	Materielles Recht	205
2.	Verfahrensrecht	205
3.	Sonderregelung für die Verjährung	206
	Literaturverzeichnis	209